

land, das Verbot der Freien Deutschen Jugend und der Kommunistenprozeß in Karlsruhe machen offenkundig, welchen Weg die herrschende Klasse nach einer Ratifizierung der Pariser Verträge gehen will.

Die Tatsache, daß die Adenauer-Regierung den Bundestag gar nicht erst befragt, sondern die Vorschläge der Sowjetregierung zur Wiedervereinigung Deutschlands und zur Herstellung normaler Beziehungen der UdSSR auch zur Bundesrepublik rundweg ablehnt, zeigt, wieweit in Westdeutschland bereits die Militaristen diktieren.

Die Arbeiterklasse und die Jugend sind sich der großen Gefahren bewußt und haben den Kampf gegen das Wiedererstehen des deutschen Militarismus aufgenommen. Die Abstimmungen in den Gewerkschaften und anderen Arbeiterorganisationen, die Kundgebungen und Demonstrationen, die Proteststreiks und die Forderung auf Durchführung einer Volksabstimmung zeugen von dem wachsenden Kampfwillen. Der Beschluß der Bergarbeiterkonferenz auf Durchführung des Generalstreiks der Bergarbeiter Westdeutschlands gegen die provokatorische Erklärung des Konzernherren Reusch bringt zum Ausdruck, daß die Bergarbeiter die Bedrohung ihrer Rechte durch die Rüstungskonzerne erkennen. So wie die Militaristen durch die Aufmärsche militärischer Verbände und durch Revanchepropaganda und die Organisation der westdeutschen Armee den Krieg vorbereiten, so sind die Rüstungsmillionäre dabei, ihre Machtpositionen auszubauen und bedrohen die demokratischen Rechte der Arbeiter, insbesondere das Mitbestimmungsrecht. Der Generalstreik der Bergarbeiter Westdeutschlands ist die Sache der ganzen deutschen Arbeiterklasse und aller friedliebenden und demokratischen Kräfte. Kampfsolidarität ist jetzt das erste Gebot.

Es ist der feste Wille der deutschen Arbeiter und der Mehrheit unseres Volkes, die Ratifizierung und Durchführung der verhängnisvollen Pariser Verträge auf keinen Fall zuzulassen. Das Volk hat die Kraft, das Wiedererstehen des deutschen Militarismus und den Krieg zu verhindern und zu erzwingen, daß Deutschland zu einem friedliebenden und demokratischen Staat wiedervereinigt wird.

Wir sind der tiefen Überzeugung, daß die durch die Regierung der Sowjetunion in ernster Stunde vor der Beratung der Pariser Verträge im Bundestag unterbreiteten Vorschläge zur Deutschlandfrage von allen Arbeitern und friedliebenden Deutschen begrüßt und unterstützt werden. Statt Ratifizierung der Pariser Verträge — Verständigung zwischen den beiden Teilen Deutschlands, Verhandlungen der vier Großmächte über die Durchführung gesamtdeutscher freier Wahlen im Jahre 1955